

A stylized map of Europe composed of a grid of dots. Most dots are grey, but several are red, highlighting specific countries or regions. The red dots are located in the Balkans (Serbia), Central Europe (Poland/Czech Republic area), and Western Europe (France/Germany area).

Kampf um Platz zwei

Vorgezogene Parlamentswahlen in Serbien

ANDREJ IVANJI
März 2014

- Es gibt gar keinen Zweifel, dass Aleksandar Vučić nach den Wahlen am 16. März 2014 Ministerpräsident wird. Die Frage ist nur, ob seine SNS die absolute Mehrheit erreicht und für welche(n) Koalitionspartner er sich entscheidet.
- Angesichts der gewaltigen Herausforderungen für Serbien bleibt die Schlüsselfrage, ob die neue Regierung den Reformstau Stück für Stück auflösen können oder ob es nach der Wahl nur noch um Machtsicherung gehen wird.
- Europapolitisch und auf den Kosovo bezogen ist weiterhin mit einer konstruktiven Haltung der serbischen Regierung zu rechnen.
- Die Demokratieentwicklung Serbiens wird unter der übermächtigen Dominanz des voraussichtlichen Wahlsiegers SNS Einbußen erleiden. »Checks and balances« erscheinen als zu schwach oder bereits stark von Regierungsseite beeinflusst.

Die noch amtierende Regierung Serbiens wurde am 27. Juli 2012 gebildet. Zum zweiten Mal in Folge, wie nach den Wahlen 2008, war die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) mit ihrem Vorsitzenden Ivica Dačić das Zünglein an der Waage. In der von der Demokratischen Partei (DS) und ihrem damaligen Chef und Staatspräsidenten Boris Tadić dominierten Regierung bis 2012 war Dačić Innenminister. Diesmal erhöhte er seinen Preis, und die mehr als doppelt so starke Serbische Fortschrittspartei (SNS) bot ihm das Amt des Ministerpräsidenten an. Dačić griff zu. Zum Ausgleich wurde eigens für SNS-Chef Aleksandar Vučić ein neuer Titel erfunden – »erster« Vizepremier. Vučić war zunächst gleichzeitig Verteidigungsminister und Koordinator aller Sicherheitsdienste. Das Amt des Verteidigungsministers legte er später nieder.

Bald war klar, wer in der Regierung eigentlich den Ton angibt. Die Popularität von Vučić und der SNS stieg gewaltig. Durch die geschickte Instrumentalisierung der Medien baute er das Image eines mutigen, kompromisslosen Kämpfers gegen die Korruption und das organisierte Verbrechen auf. Er gab sich als Reformator und Retter Serbiens aus, der all die Diebe, Gangster und korrumpierten Politiker, die das Volk ausgeraubt hätten, hinter Gitter stecken würde. Als Galionsfigur dieser Gruppe wurde der reichste Serbe und Besitzer der Delta Holding, Miroslav Mišković, verhaftet. Nur gegen Kautions von zwölf Millionen Euro wurde er vorläufig auf freien Fuß gesetzt. Der Prozess gegen ihn ist im Gange.

In der verarmten, sozial geschwächten Bevölkerung kam diese Politik gut an. Sie sollte verdeutlichen, dass es unter der Herrschaft von Vučić keine »heiligen Kühe« geben würde. In der serbischen Geschäftswelt löste die Verhaftung des bislang unantastbaren Mišković Panik aus. Man fragte sich: Wer ist als nächster dran? Es war eine Warnung an serbische Geschäftsleute, die sich in der Vergangenheit in die Politik eingemischt hatten, sich nicht mit Vučić anzulegen. Weitere Anklagen und Festnahmen folgten.

Immer wieder drohte Vučić seinen Koalitionspartnern mit Neuwahlen und setzte sie so unter Druck. Man hatte in den vergangenen eineinhalb Jahren den Eindruck, dass in Serbien eine nicht endende Wahlkampagne stattfindet. Als es Ende Januar 2014 endlich so weit war, und Vučić bei einer Parteiversammlung sagte, »wir wollen den Willen des Volkes prüfen«, stieß er auf frenetische

Begeisterung seiner Parteigenossen. Die Wahlen wurden für den 16. März 2014 ausgeschrieben. Die fadenscheinige Begründung der SNS für die Neuwahlen: Man wollte sich die Unterstützung des Volkes für schmerzhaft, doch notwendige Reformen sichern. Doch es war egal, wie Vučić den Urnengang begründete: Serbien hatte bereits einen neuen Messias, dem eine Mehrheit das Land ruhigen Gewissens anvertrauen möchte.

Machtgier

Im Grunde genommen waren vorgezogene Parlamentswahlen überflüssig: Der starke Mann Serbiens, Aleksandar Vučić, zog ohnehin die Fäden. Erst vor wenigen Monaten wurde die Regierung nach seinem Willen komplett umgebildet, Ministerpräsident Dačić hatte nur wenig zu sagen; es gab einen politischen Konsens über die Beitrittsverhandlungen mit der EU, über notwendige institutionelle Reformen und über strategische Ziele; Gegner der mit der EU koordinierten Kosovo-Politik waren marginalisiert; die Koalitionsregierung hatte eine stabile Mehrheit im Parlament.

Die Erklärung für Neuwahlen ist trotzdem plausibel: Vučić konnte der Versuchung nicht widerstehen, aus der Unterstützung von laut Meinungsumfragen über 40 Prozent der Wähler Kapital zu schlagen und mit der SNS nun sogar die absolute Mehrheit anzupeilen. Selbst wenn dies nicht gelingen sollte, wird er aus den Wahlen sicher gestärkt hervorgehen. Das Amt des Ministerpräsidenten gilt für ihn damit als gesichert. In großen Teilen der Bevölkerung wird Vučićs Machtgier positiv gewendet als seine Bereitschaft gedeutet, Verantwortung für die »Modernisierung« Serbiens zu übernehmen.

Der »Retter und Reformator« Vučić hat es geschafft, den oppositionellen Bürgermeister von Belgrad, den neuen Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Dragan Djilas, zu stürzen. Die Kommunalwahlen in der Hauptstadt werden nun gleichzeitig mit den Parlamentswahlen am 16. März stattfinden. Dutzende kommunale Bündnisse wurden auf Druck der SNS umgebildet und der Koalition auf der Landesebene angepasst. Auch an der Regierung der autonomen Provinz Vojvodina rüttelt die SNS. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann Vučić sie zu Fall bringen und auch dort die Macht erlangen wird.



Dieses Vorgehen entspringt nicht alleine schlichter Machtgier. Da der Staat der beste und sicherste Arbeitsgeber in Serbien ist und die Wahlsieger traditionsgemäß Ämter als Beute verteilen, wuchs in der SNS der Druck auf die Parteiführung, ihre rasant steigende Popularität in konkreten Nutzen für ihre Anhänger umzusetzen.

Der Sieger ist sicher – aber wen nimmt Vučić mit an Bord?

Aus allen zur Verfügung stehenden Meinungsumfragen kann man schließen, dass die SNS mit rund 40 Prozent weit vor den Mitbewerbern mit maximal 15 Prozent Zustimmung liegt. Durch offensichtlich von der Parteizentrale gesteuerte Revolvelblätter mit einer Millionenauflage (Kurig, Informer) und den populärsten TV-Sender (Pink), denen die Sicherheitsdienste anscheinend Informationen zuspielen, wird systematisch Rufmord an politischen Gegnern begangen, werden Verhaftungen angekündigt, Berichte von Polizeiuntersuchungen und Verhöre veröffentlicht. Das hat deutlichen Einfluss auf die Meinungsumfragen.

Ob die SNS die absolute Mehrheit erreicht, hängt zum einen von der Wahlbeteiligung ab, zum anderen davon, wie viele Parteien die Fünf-Prozent-Hürde überspringen werden. Allein wird Vučić jedenfalls nicht regieren wollen, selbst wenn er es könnte. Er selbst sagt, er bräuchte einen möglichst »breiten Konsens«, um schwierige Reformen so schnell wie möglich durchsetzen zu können.

Die SNS wird sich voraussichtlich erst einmal an Parteien nationaler Minderheiten wenden, Favorit könnte dabei der Bund der Ungarn der Vojvodina (SVM) sein. Die Bedingung für deren Regierungsbeteiligung könnte sein, sich ihrerseits aus der Regierung der autonomen Provinz Vojvodina loszusagen und damit den Weg zu ebnen, die letzte Hochburg der Demokratischen Partei (DS) zu stürzen. Bei den Wahlen 2012 gewann die DS 59 von 120 Mandaten im Parlament der Vojvodina und bildete eine Koalitionsregierung mit der SVM (sieben Mandate) und der Liga der Sozialdemokraten der Vojvodina LSV (zehn Mandate), die sich allerdings bei den Wahlen am 16. März einem anderen Bündnis angeschlossen hat, nämlich dem von Ex-Staatschef Boris Tadić angeführten Block, bestehend aus den DS-Abspaltungen »Neue demokratische Partei« (NDS) und »Gemeinsam

für Serbien«, und der LSV, in dem Vučić einen möglichen Koalitionspartner sieht. Tadić ist sehr behutsam im Umgang mit Vučić und der SNS, umgekehrt wird Tadić als »Lieblingsoppositioneller« von Vučić behandelt. Tadić wird unterstellt, auf das Amt des Außenministers aus zu sein, obwohl er das ausdrücklich dementiert. Bindeglied dieser möglichen Liaison ist Tadićs ehemaliger Bürochef Miodrag Rakić, dessen Rolle in der Koordination der Sicherheitsdienste Vučić mehrmals gelobt hatte, und der eine mögliche Zusammenarbeit angekündigt hat. Es wird bereits spekuliert, dass Vučić und Tadić diesbezüglich schon einen Deal vereinbart haben. Auffallend ist jedenfalls, dass sich in der Wahlkampagne Tadić hemmungslos auf seine ehemaligen Parteigenossen von der DS, vor allem auf den DS-Vorsitzenden Djilas, und die SPS stürzt.

Die »radikal« proeuropäische Liberal-demokratische Partei (LDP) ist für Vučić ebenfalls ein denkbarer Koalitionspartner. Offen ist jedoch, ob die LDP den Einzug in das serbische Parlament schafft. Die um Tadić versammelte Allianz schneidet in Meinungsumfragen etwas besser als die LDP ab. Die Einbindung sowohl von Tadić als auch der LDP hätte zwei zentrale Effekte für Vučić. Einerseits würde die Opposition praktisch ausgelöscht. Andererseits würde er das Renommee der Regierung in westlichen Regierungszirkeln stärken. Obwohl er sich bisher als williger Partner des Westens in der Kosovo-Frage erwiesen hatte, schleppt Vučić doch den Ballast seiner ultranationalistischen Vergangenheit mit sich und ringt um seine »Salonfähigkeit« im Westen. Darüber hinaus hat die SNS einen gewaltigen Mangel an gebildeten Kadern, der vom Umfeld von Tadić und der LDP ausgeglichen werden könnte.

Die bisherigen Koalitionspartner der SNS, die in Umfragen bei etwa 15 Prozent liegende sozialistische SPS (im Bündnis mit der Rentnerpartei und der Partei Einheitliches Serbien) und die wohl aus dem Parlament ausscheidende Partei der »Vereinigten Regionen Serbiens«, früher G17, scheint Vučić als Partner nicht mehr in Betracht zu ziehen.

Der Reformator?

Vučić kündigt für die Zeit nach den Wahlen intensive Beitrittsverhandlungen mit der EU und wirtschaftliche und institutionelle Reformen unter der Aufsicht des In-



ternationalen Währungsfonds IWF an; dies angesichts einer katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage, der sich die Regierung gegenüber sieht: Die Staatskasse ist leer, das hoch verschuldete Land wird sich noch mehr verschulden müssen; die Wirtschaft steht still; es gibt kaum Auslandsinvestitionen; rund 600 öffentliche Betriebe arbeiten mit Verlusten; die Arbeitslosigkeit steigt, der Lebensstandard sinkt seit Jahren spürbar. Außer der Floskel, dass »schmerzhafteste Reformen jetzt notwendig sind«, um die Staatspleite abzuwehren und eine bessere Zukunft zu sichern, hat die SNS allerdings kein Wirtschaftsprogramm vorgelegt und keine Pläne präsentiert, wie sie das Land aus der Krise führen will. Vielmehr ist unmittelbar vor der Ankündigung von Neuwahlen Wirtschaftsminister Saša Radulović, der konkrete Maßnahmen angekündigt und sich dadurch den Zorn der Gewerkschaften zugezogen hatte, zurückgetreten. Radulović beschuldigte Vučić, dass er selbst die Reformen bremse. So wurde eine geplante Reform des Arbeitsrechts kurzerhand zurückgezogen. Fraglich bleibt deshalb, ob die schmerzhaften Reformen nur aus wahltaktischen Gründen verschoben wurden oder ob die neue Regierung grundsätzlich davon Abstand genommen hat.

Besorgniserregend ist insofern, was die SNS bisher als ihren Masterplan für die Bekämpfung der Krise präsentierte: Aufgrund des »Ehrenwortes« eines Scheichs aus den Vereinigten Arabischen Emiraten wurde ein Darlehen von drei Milliarden Euro in den Haushalt für 2014 eingestellt – man bekam schließlich aber nur eine Milliarde Dollar. Der Haushalt muss nun neu aufgestellt werden. In der SNS-Wahlkampagne wirbt Vučić mit dem Projekt »Belgrad am Wasser«, einem Drei-Milliarden-Euro-Projekt auf dem Gebiet, wo Hauptbahnhof und Hafen an der Save liegen, das wiederum auf die Investitionsfreude der Emirate setzt. Was für kritische Beobachter als realitätsfern erscheint, wirkt auf viele Wähler höchst attraktiv, sollen dort doch eines Tages 20.000 Menschen beschäftigt werden.

Der größte Albtraum für die zukünftige Regierung ist die gewaltige Arbeitslosigkeit, die etwa 24 Prozent beträgt. Die reale Arbeitslosigkeit, die auch die staatliche Scheinbeschäftigung in bankrotten Unternehmen umfasst, liegt bei 30 Prozent. Diese Gruppe von über einer Million Menschen hat Vučić größtenteils für sich gewinnen können, obwohl er selbst an der Macht ist und bisher wirt-

schaftspolitisch nicht liefern konnte. Er hat diese Menschen davon überzeugen können, dass für ihre Misere einzig und allein die Vorgängerregierung unter Führung der DS verantwortlich sei, die gemeinsam mit Tycoons und Kriminellen Serbien ausgeplündert hätte. Die Frage drängt sich jedoch auf, gegen wen sich die Wut der von sozialer Misere gedrückten, hoffnungslosen Menschen wenden wird, falls sich der Reformier Vučić bald schon als falscher Prophet erweist. Für diesen Fall wachsender Unzufriedenheit besteht die Befürchtung, dass auf populistische Taktiken zur Machtsicherung umgeschaltet wird, statt Reformen in Wirtschaft und Staat umzusetzen. Obwohl längst mächtigster Mann im Land, hat es Vučić geschickt geschafft, dass ihn große Teile der Bevölkerung immer noch als Oppositionellen betrachten, der »alleine gegen alle kämpft«, dessen »Leben bedroht ist«, der »kaum Zutritt zu Medien hat, die alle von Tycoons kontrolliert werden«. Tagelang beschäftigten sich der SNS nahe stehende Medien mit dem »teuflischen Plan von Mišković«, der angeblich 100 Millionen Euro für die Vernichtung von Vučić hinblättern wollte.

Weil die zukünftige Regierung auf die Unterstützung der EU angewiesen sein wird, um die anstehenden Probleme auch nur ansatzweise lösen zu können, wird sie die Kosovo-Politik im Einklang mit Brüssel und Washington fortsetzen, und auch im Falle der serbischen Entität in Bosnien und Herzegowina, der Republika Srpska, eine konstruktive Rolle einnehmen. Um gegenüber Kosovo bis ans Ende gehen zu können, braucht Vučić im Parlament eine Zweidrittel-Mehrheit. Diese ist notwendig, um die serbische Verfassung ändern zu können, in der das Kosovo für immer und ewig als ein Bestandteil Serbiens definiert ist. Solange Vučić gute Miene zum Kosovo-Spiel macht, wird ihm der Westen in seiner Innenpolitik so einiges durchgehen lassen. Aus Sicht des bürgerlichen, nach demokratischen Normen strebenden Serbiens, stimmt das nicht gerade optimistisch, und dieses Kalkül des Westens könnte sich als kurzsichtige Politik erweisen.

Unglückselige Sozialdemokraten

Die DS, Mitglied der Sozialistischen Internationale, ist völlig zerschlagen. Durch eine monatelange Hetzkampagne in den Boulevardmedien sind die Partei und ihr Vorsitzender Dragan Djilas buchstäblich verteufelt wor-



den. Djilas wird als »Mafiaboss«, als »Beschützer der Tycoons« dargestellt. Der Geschäftsmann und ehemalige Bürgermeister von Belgrad ist ein relativ unerfahrener Politiker, er wird aber mit vielen empörten Trotzstimmen insbesondere aus dem urbanen Milieu rechnen können. Eine Koalition zwischen Djilas und Vučić ist ausgeschlossen. Den letzten Stoß versetzte der DS ausgerechnet Boris Tadić, der sie fast ein Jahrzehnt lang anführte. Er schloss sich mit seiner unmittelbar vor den Wahlen gegründeten NDS der Hetzkampagne gegen die DS an, viele DS-Funktionäre liefen zu Tadić über. Sie sehen die Chance, in einer Koalition mit der SNS wieder an der Macht partizipieren zu können. Ideologische Gesichtspunkte scheinen hier keine Rolle zu spielen.

Dem Kreuzfeuer der SNS ist auch SPS-Chef Dačić ausgesetzt, gerade weil er immer mehr sozialdemokratisches Profil annimmt und die »Verarmten und Erniedrigten« anspricht, die Vučić trotz seiner Ankündigung von »schmerzhaften Reformen« – vulgo Entlassungen – mehrheitlich für sich gewinnen konnte. Die schon mehrmals erwähnte Boulevardpresse bringt Dačić in Zusammenhang mit dem berühmten Drogen-Clan von Darko Sarić, einem der mächtigsten Mafia-Bosse in Europa. Man spricht sogar von Dačić als einem potenziellen »serbischen Sanader«. Allerdings könnte die SPS in der Opposition gefährlich für Vučić werden. Dačić ist ein erfahrener und fintenreicher Politiker.

Ein Mann über den Institutionen

Vučićs Wille, die EU-Beitrittsverhandlungen zu Ende zu führen und alle damit verbundenen Bedingungen zu erfüllen, wird nicht in Frage gestellt. Der Mann, der noch vor sechs Jahren von Großserbien predigte und im Westen einen Feind sah, hat sich mittlerweile als glaubwürdiger Partner Brüssels etabliert. Der Schönheitsfehler dabei liegt in dem Umstand, dass Serbien in technischen Fragen der EU näher kommen wird, die serbische Gesellschaft sich aber gleichzeitig von demokratischen Idealen entfernen wird. Der autoritäre Vučić wird mit einer stark geschwächten Opposition und praktisch ohne kritische

Medien das Land regieren. Der Grad der Unterwerfung unter Vučićs Autorität, der Grad der Selbstzensur in den Medien, der Politik und der Geschäftswelt, die Folge seiner stets bedrohlichen Auftritte, des systematischen Drucks der SNS auf allen Ebenen und der wilden Medienkampagnen sind, lässt erhebliche Zweifel an der Demokratieentwicklung in Serbien aufkommen.

Alles wird davon abhängen, ob der zukünftige Premier Vučić als Volkstribun agieren wird, der keine institutionellen »check and balances« zulässt, oder ob er dem Pluralismus im Land eine größere Chance gibt, als dies bisher den Eindruck machte. Vučić befindet sich heute auf dem Höhepunkt seiner Popularität. Diese beruht auf einem Populismus, der einerseits »Schweiß und Blut« für eine bessere Zukunft fordert und sich andererseits der Projektion von Feindbildern bedient. Die von ihm präsentierte Wahl dieser Tage lautet: Entweder ist man für Vučić oder man entscheidet sich für ein Serbien, das von bösen Tycoons und ihren Schergen und Söldnern (momentan sind es die DS und alle, die ihr nahe stehen) ausgebeutet wird. Solche Rhetorik der SNS fördert die Spaltung der serbischen Gesellschaft.

Vučić hatte schon einmal über Nacht seinen politischen Kurs um 180 Grad geändert, als er die nationalistische Ideologie mit EU-Rationalismus ersetzte, die extrem-nationalistische Serbische Radikale Partei (SRS) verließ und 2008 die SNS mit dem heutigen Staatspräsidenten Tomislav Nikolić gründete. Bleibt zu hoffen, dass keine erneute Wende stattfindet, wenn die Popularität von Vučić zu sinken beginnt und er unter Druck gerät. Hier wird es nicht zuletzt auf die klaren Signale der europäischen Partner ankommen, populistische Tendenzen zu unterbinden und Serbien auf einem – nicht nur im Sinne abgearbeiteter Beitrittskapitel – richtigen Weg in Richtung EU zu halten. Aber auch die tatkräftige Unterstützung Serbiens in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sowie der andauernde Dialog mit Regierung und Opposition sind entscheidende Ansätze für eine positive Entwicklung.



Über den Autor

Andrej Ivanji ist Journalist.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-7726 | Fax: ++49-30-26935-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-819-6